

Ressort: Politik

Bundestag lehnt Einbeziehung von Gefängnisinsassen in Sozialversicherungen ab

Berlin, 13.06.2013, 20:07 Uhr

GDN - Bei Enthaltung der SPD und gegen das Votum der Linken und Grünen hat der Bundestag am Donnerstag einen Antrag der Linkspartei abgelehnt, Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einzubeziehen sowie die im Strafvollzug geleistete Arbeit beitragspflichtig und "anspruchsbegründend" zu machen. Das Parlament folgte damit einer Empfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales.

Die Linke hatte in ihrem Antrag argumentiert, dass die Einbeziehung von Gefangenen in die Sozialversicherung bereits vor 35 Jahren im Rahmen einer grundlegenden Gesamtreform des Strafvollzugswesens festgelegt worden sei. Damals wie heute gelte, dass es nicht gerechtfertigt sei, neben den notwendigen Einschränkungen, die der Freiheitsentzug unvermeidbar mit sich bringe, weitere vermeidbare wirtschaftliche Einbußen zuzufügen. Dennoch sei die Einbeziehung der Gefangenen in die Sozialversicherungen bis heute verzögert und verschoben worden, so die Linke in ihrem Antrag weiter.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-15802/bundestag-lehnt-einbeziehung-von-gefaengnisinsassen-in-sozialversicherungen-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619